

Aserbaidshan schnürt die Region Karabach ab – und bringt die dortige armenische Bevölkerung in eine gefährliche Lage

Der international nicht anerkannte Rumpfstaat der Karabach-Armenier ist seit Tagen von der Versorgung abgeschnitten. Aserbaidshan will damit die Armenier zur Aufgabe ihres Anspruchs auf das Gebiet zwingen.

Markus Ackeret, Moskau

15.12.2022, 05.30 Uhr



Der aserbaidshanische Präsident Ilham Alijew sieht eine günstige Gelegenheit, um den Druck auf Nagorni Karabach zu verstärken.

Andrej Cukic / EPA

Seit drei Tagen ist der Zugang zur armenisch besiedelten Exklave Nagorni Karabach im Südkaukasus blockiert. Die einzige Strasse, welche die nach der Niederlage im Krieg gegen Aserbaidshan vor zwei Jahren zum Rumpfstaat reduzierte «Republik Arzach» mit Armenien verbindet, belagern seit Montag angebliche aserbaidshanische Umweltschützer und Journalisten. Sie geben vor, gegen die umweltverschmutzende Ausbeutung von Bodenschätzen zu protestieren und am Ort dieser «Missstände» zum Rechten sehen zu wollen. Nagorni Karabach erachten sie als zu Aserbaidshan gehörendes Gebiet, zu dem sie freien Zugang haben müssten.

Die Zivilbevölkerung in der Falle

Die aserbaidshanische Regierung gibt sich unbeteiligt, aber unterstützt das Anliegen der «Zivilgesellschaft». Seit Dienstag ist Nagorni Karabach auch vom Erdgas abgeschnitten. Dieses kommt traditionell aus Armenien, gelangt aber über aserbaidshanisch kontrolliertes Territorium in die Hauptstadt Stepanakert und die umliegenden Dörfer. Baku will mit dem Unterbruch nichts zu tun haben; die Armenier wiederum sind über die Unterstellung, sie hätten das aus PR-Gründen selbst gemacht, empört. Die seit zwei Jahren als Garanten der Sicherheit der Karabach-Armenier stationierten russischen Friedenstruppen konnten die Blockade nicht verhindern.

So sitzen 120 000 Karabach-Armenier in der Falle. Die Versorgung ist in Gefahr, Familien sind plötzlich voneinander getrennt, schwerere medizinische Fälle können nicht behandelt werden. Funktionäre, auch armenische, sprechen von «genozidaler Politik». Auch der Westen fordert ein Ende der Blockade.

Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew dagegen kann frohlocken: Eines seiner Ziele ist die vollständige Kontrolle über die Gebirgsregion Nagorni Karabach, um die Anfang der neunziger Jahre und erneut vor zwei Jahren ein blutiger Krieg tobte. Die Verhandlungen darüber drehen sich seit Monaten im Kreis. Auch ein kurzer, opferreicher Waffengang entlang der armenisch-aserbaidshanischen Grenze Mitte September zwang die Armenier nicht in die Knie.

● Unter Kontrolle der Karabach-Armenier ● Aserbaidshanische Gebietsgewinne 2020



Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler

Quelle: UAMap

NZZ / A. R.

Bereits Anfang Dezember hatte Aserbaidshan die Blockade ein erstes Mal erprobt. Damals war es dem Kommandanten der russischen Friedenstruppen nach einem Tag gelungen, über Gespräche einen Abbruch der «Proteste» herbeizuführen. Selbst wenn das diesmal nach einigen weiteren Tagen höchster Anspannung und wortgewaltiger Appelle aus Stepanakert und Erewan gelänge, wäre der Preis dafür ohne Zweifel höher.

Russlands Verlust an Einfluss

Mit jedem Zwischenfall versucht Baku, seinen Zugriff auf das verbliebene, armenisch besiedelte und zu einer Art Festung gewordene Territorium Karabachs auszudehnen. Für die Karabacher und die Armenier klingt das höchst bedrohlich. Sie können sich eine Koexistenz mit den Aseri unter aserbaidshanischer Kontrolle nicht vorstellen und befürchten, vollständig vertrieben oder getötet zu werden. Der neue De-facto-Ministerpräsident von Nagorni Karabach, der als Unternehmer in Russland reich gewordene Ruben Wardanjan, rief seine Landsleute zum Zusammenhalt und Widerstand auf.

Die Aussichten für die Karabach-Armenier sind aber trüber denn je. Ihr Rumpf-Territorium blieb zwar trotz der krachenden Niederlage gegen Aserbaidshan im November 2020 als Rückzugsgebiet vorläufig bewahrt. Erewan verlor aber die Position des Sicherheitsgaranten. Die russischen Friedenstruppen, die diesen Part übernommen hatten, sind zwei Jahre später ein Schatten ihrer selbst.

Schon im Herbst 2020 machte der Kreml gemessen daran, dass er Armeniens sicherheitspolitischer Verbündeter ist, eine seltsam schwache Figur. Nun schwächt der nicht erfolgreiche Ukraine-Feldzug Russlands Position im Südkaukasus weiter; auch die Friedenstruppen wurden verkleinert. Wladimir Putin scheint weder gewillt noch imstande zu sein, Alijew in die Schranken zu weisen.

Ringens um einen Friedensvertrag

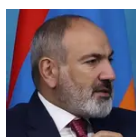
In den diplomatischen Bemühungen um einen armenisch-aserbaidshanischen Friedensvertrag, eine Demarkation der Grenzen, eine Regelung für Karabach und die Lösung der schwierigen Frage der Verkehrsverbindungen trat dieses Jahr die Europäische Union vermehrt als Vermittlerin auf. Unter anderem etablierte sie eine vorübergehende Beobachtungsmission entlang der Grenzen. Alijew und der

unter innenpolitischem Druck stehende armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan wollten eigentlich bis zum Jahresende einen Durchbruch erzielen.

Paschinjan räumte gar ein, international werde Nagorni Karabach als Teil Aserbaidschans gesehen. Er zeigte damit, dass das Gebiet nicht mehr die Priorität genießt, die es unter seinen in Karabach politisch sozialisierten Vorgängern an der armenischen Staatsspitze besessen hatte. Gegen Bakus Ziel einer extraterritorialen Strassen- und Bahnverbindung durch Armeniens Südprovinz Sjunik (Sangesur) in die aserbaidchanische Exklave Nachitschewan wehrt sich Erewan aber weiterhin vehement.

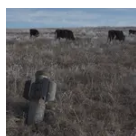
Die Blockade der einzigen Strasse nach Karabach durch den sogenannten Latschin-Korridor ist, nach den Angriffen und dem Besetzen von Territorium im September, Bakus Antwort darauf. Alijew weiss, dass er am längeren Hebel sitzt. Greift er militärisch an, hätte er Stepanakert schnell erobert – und Armenien eine weitere Schmach zugefügt. Gibt Paschinjan politisch nach, bringt er seine Gegner und einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung gegen sich auf, die allerdings über ebenso wenig brauchbare Rezepte für Nagorni Karabachs Zukunft verfügen.

Passend zum Artikel



Eskalation im Südkaukasus – Aserbaidshan will Armenien seine Ansprüche aufzwingen

14.09.2022



GASTKOMMENTAR

Aserbaidshan und Armenien müssen zu einem Einvernehmen finden – Plädoyer für Realismus im Karabach-Konflikt

01.03.2021



Armenien und Aserbaidshan stehen am Rande eines neuen Krieges. Es geht um strittige Gebiete und Verkehrswege – und um die strategisch wichtige Region an der Grenze zu Iran

20.11.2021



Mehr von Markus Ackeret (mac) >
